

SPD-Parteitag bestätigte Linksruck

SPD-Parteitag in Hannover vom 10.–14. April 1973
Beschlüsse und Zitate

Außenpolitik

Während Brandt in seiner einleitenden Rede zum Parteitag noch leugnen wollte, daß es in seiner Partei antiamerikanische und neutralistische Tendenzen gibt, mußte bei der Beratung der außenpolitischen Anträge die gesamte Führungsmannschaft aufgeboten werden, um entsprechende Beschlüsse zu verhindern. Dagegen wurde mit Unterstützung aller Richtungen des Parteitages ein Beschluß gefaßt, der entsprechend dem Beschluß der Jungsozialisten auf ihrem letzten Bundeskongreß, die Volksfrontregierung in Chile unterstützt:

„Die SPD erklärt ihre Solidarität mit der Radikalen Partei Chiles bei ihrem Bemühen in der Regierung Allende um den Aufbau eines sozialistischen Staates auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage.“

In dem auf Initiative des Parteivorstandes gefaßten Beschluß zur Außenpolitik, tritt die SPD für eine Erhaltung der kommunistischen Gesellschaftsordnung in Osteuropa ein:

„Ideologische Gegensätze dürfen den Ausbau der Zusammenarbeit der Staaten in ganz Europa, die Verbesserung der menschlichen Kontakte über alle Grenzen hinweg

und des Austauschs von Informationen und Ideen **unter Wahrung der Gesetze und unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen in jedem europäischen Staat** nicht behindern.“

In dem Beschluß zu Vietnam werden die kommunistischen Revolutionsorganisationen als Befreiungsbewegungen bezeichnet:

„Pauschale Einreisebeschränkungen für Staatsbürger der Demokratischen Republik Vietnam, Vertreter der provisorischen Regierung Süd-Vietnam, der Südvietnamesischen Befreiungsfront (NFL) und der **Befreiungsbewegungen** der übrigen Staaten Indochinas sollten aufgehoben werden.“

Staatliche Kontrolle der freien Wirtschaft

In verschiedenen Beschlüssen wird gefordert, die Freiheit der Wirtschaft durch staatliche Kontrolle einzuschränken:

„Europäische und nationale Anstrengungen für die Wiedergewinnung der Stabilität können nur durch eine gemeinsame Kreditpolitik, eine ausgewogene Haushaltspolitik und durch die Verstärkung des Wettbewerbs,

eine demokratische **Kontrolle der wirtschaftlichen** Macht und **Entscheidungen** der multinationalen Konzerne und eine aktive Außenpolitik zum Ziel zu führen.“

„Wirksame **öffentliche Kontrolle** muß Machtmißbrauch der Wirtschaft verhindern. Die Kommission soll prüfen, welche Mittel und Instrumente für diese Kontrolle geschaffen werden sollen . . .

Dabei soll die Kommission prüfen, durch welche Instrumente und Maßnahmen demokratische Entscheidungen über Ziele und Zwecke der großen Investitionen von Staat und Wirtschaft herbeigeführt werden können.“

Einschränkung der Privatinitiative

In verschiedenen Beschlüssen läßt sich die Tendenz erkennen, die private Initiative der Bürger durch ausschließlich staatliche Reglementierung zu ersetzen, so z. B. im Beschluß über den Schutzraumbau:

„Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß künftig keine staatlichen Zuschüsse für den privaten Schutzraumbau mehr gewährt werden und daß die hierfür vorgesehenen steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten entfallen.“

Auch die Vermietung von Grundstücken und Wohnungen soll nur noch staatlich möglich sein:

„Die Ausübung des Gewerbes zur Vermittlung von Grundstücken und Wohnungen ist gesetzlich zu unterbinden. Eine öffentliche Vermittlungsstelle ist einzurichten.“

Bei der Vermögensbildung wurde der Schaffung anonymer Fonds der Vorzug vor persönlich verfügbarem Eigentum gegeben:

„Es ist ein zentraler Fonds zu gründen, dem die Anteilsrechte zufließen. Gleichzeitig wer-

den regionale, nicht miteinander konkurrierende Fonds gebildet.“

Klassenkampf

Das Denken in Kategorien des Klassenkampfes wird auch für die gesamte SPD wieder aktuell:

„In diesem Zusammenhang ist auch zu klären, welche der im Godesberger Programm bezeichneten Vorrechte der herrschenden Klassen die Verwirklichung der Reformziele behindern und auf welche Weise die Politisierung der öffentlichen Meinung dagegen erreicht werden kann.“

Verstaatlichung

Der Parteitag in Hannover hat sich dazu bekannt, die Verstaatlichung von Unternehmen als Mittel der SPD Wirtschaftspolitik einzusetzen:

„Das Godesberger Grundsatzprogramm hat Investitionskontrollen, Wettbewerb durch öffentliche Unternehmen, — wo notwendig — Gemeineigentum im Bereich der Großwirtschaft als Mittel zur Bändigung wirtschaftlicher Macht und vereinbar mit freier Konsumwahl, freiem Wettbewerb und freier Unternehmerinitiative zu untersuchen,

— wie das Instrumentarium der Planung und Koordinierung aller wichtigen privaten Investitionsentscheidungen unter sektoralen und regionalen Gesichtspunkten ausgebaut werden kann, um dem Allgemeininteresse Vorrang vor einzelnen Interessen zu sichern. Dazu müssen den privaten Institutionen steuernde Rahmenbedingungen vorgegeben werden . . .

— wo das Privateigentum an Produktionsmitteln durch den überwiegenden Übergang der Verfügungsgewalt an Manager, die ihrerseits anonymen Mächten dienen, seine Verfügungsgewalt verloren hat und

eine Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum zweckmäßig ist; ...

- in welcher Form die Menschen über Ziele und Zwecke wirtschaftlicher Entscheidungen demokratisch bestimmen können.“

Vorrangig will die SPD eine Verstaatlichung des Bodens durchsetzen. Um dies zu erreichen, soll zunächst das Eigentum an Boden in den Besitz der Gemeinden übergehen (Kommunalisierung). Diese haben dann die Möglichkeit, lediglich ein Nutzungsrecht an Private weiterzugeben:

„Die neue Kommission hat ausgehend von den von der Bodenrechtskommission unter Abschnitt D entwickelten Grundsätzen in angemessener Zeit eine eigentumsrechtliche Lösung auf der Grundlage des Nutzungs- und Verfügungseigentums zu entwickeln.“

„Eine Reprivatisierung des enteigneten Bodens in Volleigentum ist ausgeschlossen.“

„Die Enteignung soll stets zugunsten der Gemeinden erfolgen. Die Gemeinden können Dritten (Privatpersonen, jur. Personen etc.) ein zeitlich befristetes Nutzungsrecht (z. B. Erbbaurecht, zukünftiges Nutzungseigentum) übertragen.“

- „1. Die Grundstücke der öffentlichen Hand dürfen nicht mehr verkauft werden.
 2. Sie dürfen nur noch in der Form des zur Zeit möglichen Nutzungseigentums (Erbbaurecht) vergeben werden.“
- „a) Für das Bundeseigentum an Boden ist gesetzlich festzulegen, daß ein Verkauf an Private grundsätzlich ausscheidet. Statt dessen ist die Vergabe von Nutzungseigentum zu wählen ...
- b) Die Länderparlamente werden aufgefordert, für das Bodeneigentum der Länder gleichlautende Regelungen zu beschließen.

- c) Für die Kommunen muß gelten, daß Boden nur in unabweisbaren Fällen verkauft werden darf. Auch hier ist die Abgabe von Nutzungseigentum grundsätzlich vorzuziehen.

Sobald die Maßnahmen zur Verbesserung des kommunalen Bodenerwerbs und zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation in Kraft getreten sind, ist der Verkauf kommunalen Bodens nicht mehr zu rechtfertigen. Dann darf kein kommunales Bodeneigentum mehr verkauft werden.

- d) Bei der Vergabe von Nutzungsrechten am Boden der öffentlichen Hand tritt anstelle des Erbbaurechtes das Nutzungseigentum.“

Kommunisten als Beamte

Unter den innenpolitischen Beschlüssen ragte insbesondere der Beschluß über den Ministerpräsidentenbeschuß gegen die Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst heraus. Der SPD-Parteitag beschloß, daß die Mitgliedschaft in radikalen Parteien oder Organisationen, wie z. B. DKP und Spartakus (Studentenorganisation der DKP) kein Grund dafür sein soll, einen Bewerber vom öffentlichen Dienst auszuschließen:

„Die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen politischen Partei steht daher einer Mitarbeit im öffentlichen Dienst nicht entgegen. Dies gilt auch für die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Organisation ...

Auch im Bereich des öffentlichen Dienstes muß die verfassungsrechtlich garantierte Vielfalt von Meinungen erhalten bleiben, damit eine Verengung des Freiheitsraumes vermieden wird und für weiterführende Ideen und Initiativen, die auf nicht gewaltsame Veränderungen im Rahmen des Grundgesetzes gerichtet sind, Platz bleibt.“

Zitate

„An ihrem historischen Erfolg gemessen, bedeutet die SPD die Befreiung der Arbeiterklasse zum einen, zum anderen die Demokratisierung des Staats und zum dritten die Handhabung dieses Staates als Mittel zur Reform der Gesellschaft in Richtung auf Gleichheit und Solidarität, das heißt auf Teilhabe, auf Mitbestimmung und auf soziale Gerechtigkeit.“

(**Helmut Schmidt**, unkorrigiertes Protokoll vom 10. 4. 1973)

„Die gesellschaftsverändernde Zielsetzung unseres Grundsatzprogramms – ich will mich nicht unbeliebt machen und von Systemveränderungen sprechen – steht heute außer jedem Zweifel, und die vor uns liegenden Parteitagsberatungen werden hier sicherlich in vielen einzelnen Fragen weitere Klarheit schaffen.“

(**Peter von Oertzen**, unkorrigiertes Protokoll vom 10. 4. 1973)

„Wenn es richtig ist, und davon bin ich überzeugt, daß wir durch unsere Politik, gestützt auf die Mehrheit der Wähler, den Druck wirtschaftlicher Interessen zurückweisen können, wenn es richtig ist, daß der Markt einen kontrollierbaren instrumentalen Charakter hat, wenn es richtig ist, daß es einen qualitativen, nämlich für die Menschen fühlbaren Unterschied ausmacht, ob Investitionsbesteuerung und -kontrolle von einer sozial-

demokratisch geführten oder von einer rückschrittlichen Regierung ausgeübt werden: wenn das alles richtig ist, dann ist auch richtig, daß die Verhältnisse in diesem Land Schritt für Schritt und mit Hilfe der politischen Macht geändert werden können, liebe Genossinnen und Genossen!“

(**Willy Brandt**, unkorrigiertes Protokoll vom 11. 4. 1973)

„Bisher kennt man, wie wir wissen, im wesentlichen nur Verstaatlichungen, die Sozialisierung genannt werden. Andererseits muß nachdrücklich der Behauptung widersprochen werden, Gemeineigentum an Produktionsmitteln sei eine Sünde wider das Grundgesetz. Davon kann überhaupt keine Rede sein.“

(**Willy Brandt**, unkorrigiertes Protokoll vom 11. 4. 1973)

„Hier geht dann auch bei Theoriewütigen die Frage der Theorie direkt in unsere Praxis über, denn das ist nicht mehr und nicht weniger als die Umkehrung des bisherigen Verhältnisses von Ursache und Wirkung, von wirtschaftlicher Entwicklung der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Umwälzung. Genau das soll umgekehrt werden.“

Warum wollen und müssen wir dieses Verhältnis umkehren und die Machtfrage in dieser Gesellschaft stellen und die Frage auch nach der Qualität, nämlich nach der Demokratisierung? Weil wir, glaube ich, alle erlebt haben, daß wir mit dem quantitativen Wachstum eines technischen und kapitalistischen Kapitalverwertungsprozesses zwar viele alte Probleme lösen konnten – das soll ja

auch nicht verkleinert werden —, daß wir aber gleichzeitig neue und bedrückende Probleme für die Menschen und ihre Existenz als Menschen erzeugen.“

(**Elfriede Eilers**, unkorrigiertes Protokoll vom 11. 4. 1973)

„Das heißt aber, daß das Godesberger Programm die Entwicklung von politischen Konzeptionen auf der Basis marxistischer Analyse ausdrücklich zuläßt.“

(**Wolfgang Roth**, unkorrigiertes Protokoll vom 11. 4. 1973)

„Zurückdrängung der privaten Verfügungsgewalt in der Wirtschaft das entscheidende Instrument sein wird, wenn wir unser Versprechen, die Lebensqualität zu steigern und soziale Benachteiligungen abzubauen, verwirklichen wollen.“

(**Hans Eichel**, unkorrigiertes Protokoll vom 11. 4. 1973)

„Die Sozialdemokratische Partei — das steht ohne Zweifel fest — ist eine Partei der Gesellschaftsveränderung oder, wenn man es so will, der Veränderung unseres gesellschaftlichen Systems. . . .“

Wenn man dies, um das, was in unserem Programm steht, erweitert, wenn man hinzunimmt, daß zur demokratischen Kontrolle eben auch die Möglichkeit des Gemeineigentums als eine Form dieser Kontrolle gehört, daß dazu ein entwickeltes Programm wirksamer Investitionskontrolle und Investitionslenkung gehört, so ergibt sich ein Kom-

plex von Eingriffen in die bestehende Machtverteilung unseres wirtschaftlichen Systems, die mehr Widerstände hervorrufen werden und die zu erkämpfen und vor größere Probleme stellen wird, als manch einer das heute vielleicht meint.“

(**Dr. Peter von Oertzen**, unkorrigiertes Protokoll vom 11. 4. 1973)

„Wenn wir hier aber die Großunternehmen, die große Gewinne erzielen, per Gesetz verpflichten, ihre Eigenkapitalbasis zu verbessern, dann führt das gerade zu einer Festschreibung der gegenwärtigen Produktionsstrukturen. . . .“

(**Ernst Welteke**, unkorrigiertes Protokoll vom 12. 4. 1973)

„Da das, glaube ich, völlig unbestreitbar ist, müssen wir — ich tue das persönlich mit ganz besonderer Dringlichkeit, weil ich die Motive, die Argumente dieser Genossen sehr gut kenne, sehr gut verstehe und auch nachvollziehen kann — die betreffenden Genossen fragen, ob sie nicht vielleicht, ohne es deutlich genug zu sagen, im Jahre 1973 im Grunde eine denkbare sozialistische Politik der 80er und der 90er Jahre statt die dieses Jahrzehnts diskutieren.“

(**Dr. Peter von Oertzen**, unkorrigiertes Protokoll vom 11. 4. 1973)

„Aber es gibt einen anderen Punkt, wo wir um die marxistische Analyse wahrscheinlich gar nicht herumkommen: das ist der, wo wir feststellen, daß wir das, was wir als Begriff der Lebensqualität erarbeitet haben, gar nicht durchsetzen können, weil

uns bestimmte Machtstrukturen und bestimmte Wirtschaftsstrukturen im Wege stehen.

Hier, liebe Genossinnen und Genossen, nicht vorher und nicht nachher, ist nach meiner Überzeugung der Ort der marxistischen Analyse – wobei ich gern zugeben möchte, daß die dann auch vielleicht nicht voll ausreicht.

(Dr. Erhard Eppler, unkorrigiertes Protokoll vom 11. 4. 1973)

„Nur, ohne Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist letzten Endes fundamentale Demokratie nicht möglich und ist letzten Endes auch nicht absolute Friedenssicherung möglich.“

(Heinz Kopp, unkorrigiertes Protokoll vom 11. 4. 1973)

„Worum es im Kern geht, ist doch eigentlich, unseren Wählern klarzumachen, daß Vermögensbildung mit individuellen Anteilscheinen so ziemlich das genaue Gegenteil von dem ist, was wir immer als Lebensqualität und deren Steigerung verkaufen. Nichts bessert sich in der Lebensqualität dadurch, daß jemand einen Anteilschein eines Fonds hat, gar nichts.“

(Dr. Dieter Sperling, unkorrigiertes Protokoll vom 12. 4. 1973)

„Genossinnen und Genossen, darauf basierend geht dann das Godesberger Programm dazu über, deutlich zu erklären, daß in der Großwirtschaft die Verfügungsgewalt den Managern zugefallen ist, die anonymen Mächten dienen, und damit das Privat-

eigentum an den Produktionsmitteln weitgehend seine Verfügungsgewalt verloren hat. Man schließt daraus, daß dort, wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig sei.“

(Rudi Arndt, unkorrigiertes Protokoll vom 12. 4. 1973)

„Ich bin Mitglied in der Kommission unter Leitung von Herbert Wehner gewesen und habe mich dagegen ausgesprochen, die Interessen der Arbeitnehmer – das halte ich auch jetzt noch für verhängnisvoll – an die materiellen Gewinninteressen der Unternehmen zu binden.“

Ich glaube, daß wir uns damit den Reformspielraum in gesellschaftspolitischer Hinsicht in der Zukunft in einer Weise verengen, daß es uns noch leid tun wird.“

(Dr. Friedhelm Farthmann, unkorrigiertes Protokoll vom 12. 4. 1973)

„Ich fordere deshalb dazu auf, klar zu sagen, daß mit der Annahme der Vorlage der Antragskommission der Ministerpräsidentenbeschuß de facto aufgehoben wird.“

(Frank von Auer, Hessen-Süd, unkorrigiertes Protokoll vom 14. 4. 1973)

„Gewerkschaft und Sozialdemokratie stammen aus der gleichen gesellschaftlichen und geschichtlichen Wurzel der Arbeiterbewegung. Es ist weitgehende Identität der Personen gegeben. . . .

Gewiß werden dadurch die Interessenkonflikte – zum Beispiel wegen der Preise und Löhne, wegen der Konjunkturpolitik insgesamt – nicht grundsätzlich vermieden, wohl aber bleiben sie in eine Atmosphäre eingebettet, in der grundsätzlich Einvernehmen von beiden Seiten gewollt und angestrebt wird. Keine Seite wird dabei ihre Mitglieder und Anhänger in Loyalitätskonflikte stürzen wollen.

Das grundsätzliche Einvernehmen der sozial-liberalen Koalition mit den Gewerkschaften – unbeschadet der vielen offenen Forderungen – ist einer der Aktivposten unserer Lage und schlägt deutlich für unsere Partei zu Buche. Daß diese Verbindung auch in Zukunft besonders gepflegt werden muß, versteht sich im Interesse beider Seiten. Anders wären auch die Aufgaben der Bundesregierung kaum zu lösen.“

(**Helmut Schmidt**, unkorrigiertes Protokoll vom 10. 4. 1973)

„Solange wir keinen Zugriff auf die Investitionen, auf die Preisgestaltung, auf die Ausbildungs- und die Arbeitsmarktpolitik der Unternehmen haben, kann die Sozialdemokratische Partei auch wirklich nichts anderes tun, als den öffentlichen Sektor zu planen und damit Hilfsmittel für die Unternehmensstrategie zu liefern.“

(**Manfred Dammeyer**, unkorrigiertes Protokoll vom 12. 4. 1973)

„Das ist doch unser Problem, daß die amerikanische Bündnis- und Militärpolitik vielfach nicht der

Sicherheit der Bevölkerung, sondern ganz handfesten kapitalistischen Interessen dient und daß sie vielfach nicht zur Stärkung, sondern zur Verhinderung der Demokratie und des Sozialismus eingesetzt wird. ...

Deswegen sagen wir: echte Friedenspolitik, für die Ansätze da sind. Dieser echten Friedenspolitik, das ist allerdings unsere Meinung, steht die NATO weithin im Wege.

(**Jörg Jordan**, Hessen-Süd: unkorrigiertes Protokoll vom 10. 4. 1973)

„Ich meine, das Konzept der Vermögensbildung wird in keinem Falle die Krankheit des Kapitalismus heilen. Da gibt es – das hat ja auch das Godesberger Programm vorgesehen – ganz andere Mittel der tatsächlichen Heilung, nämlich Möglichkeiten wie etwa die Vergesellschaftung der Produktionsmittel.“

(**Heidi Wiczorek-Zeul**, unkorrigiertes Protokoll vom 13. 4. 1973)

„Der Ministerpräsidentenbeschuß ist nach meiner Auffassung in einer Situation der Hysterie, die von rechts geschürt worden ist, entstanden, in einer Situation, in der versucht wurde, viele der Probleme, die sich in diesen Wochen ergaben, der Sozialdemokratischen Partei, vor allem den Jungsozialisten, anzuhängen. Aus der Sozialdemokratischen Partei hat man daraufhin nur scheinbar taktische Positionen zum Auffangen zu entwickeln versucht. Das war falsch. Es gibt in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei mehrere Fälle,

wo man diesen Fehler gemacht hat. Aus Zeitgründen will ich es mir ersparen, auf die geschichtlichen Erfahrungen zu sprechen zu kommen. Wo Kampf gegen reaktionäre und konservative Kräfte notwendig gewesen wäre, hat man sich für taktisches Auffangen entschieden. Das war falsch.

(Wolfgang Roth, unkorrigiertes Protokoll vom 14. 4. 1973)

„Ich meine, der Ministerpräsidentenbeschluß hat eindeutig die Funktion, davon abzulenken, daß in unserer Gesellschaft ganz andere Entdemokratisierungstendenzen im Gange sind, daß in unserer Gesellschaft eben gerade die Verfassung und das Gebot der Verfassung nach Demokratisierung der Wirtschaft nicht realisiert ist. Wer sich auf das Gleis der Verfolgung dieses Ministerpräsidentenerlasses begibt, stärkt objektiv, ob er das will oder nicht, auch die Kräfte, die in unserer Gesellschaft stabilisierend wirken und den Status quo der wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik beibehalten wollen.“

(Heidi Wiczorek-Zeul, Hessen-Süd, unkorrigiertes Protokoll vom 14. 4. 1973)

„Ich meine, daß auf diesem Parteitag in der Diskussion über außenpolitische Fragen und schon in der Vorbereitung dieses Parteitages eine Tendenz erkennbar geworden ist, Kritik an der Regierung der USA und an den amerikanischen Großkonzernen auch dann bereits zurückzuweisen, wenn die Berechtigung dieser Kritik von der Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik bereits eingesehen worden ist und wenn diese Kritik bereits ge-

teilt wird von der Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien im Ausland.“

Ich meine, daß diese eine übersensible Rücksichtnahme auf die Regierung der USA darstellt und daß sich das bei den Äußerungen über Chile und Vietnam hier auch in den Empfehlungen der Antragskommission niederschlägt. Ich meine, daß diese Rücksichtnahme auf die Interessen der US-Regierung und der amerikanischen Konzerne hier übertrieben wird, und ich meine, daß man hier nicht gleich mit dem drohenden Vorwurf des Antiamerikanismus kommen kann, wenn man bestimmte Erscheinungsformen und deren Ursachen des amerikanischen Imperialismus kritisiert.“

(Karsten Voigt, Hessen-Süd, unkorrigiertes Protokoll vom 12. 4. 1973)

„Für viele ist zu der Angst — das wird mir jeder bestätigen, der die Situation der Schüler und Studenten kennt — vor dem Numerus clausus, der sie schon an der Ausbildung zu dem von ihnen gewünschten Beruf hindert, nun die Angst vor dem Ministerpräsidentenbeschluß getreten, der ihnen vollends den Eintritt in den Beruf verwehren könnte. Man spricht deshalb auch schlicht vom Berufsverbot und meint damit den Ministerpräsidentenbeschluß.“

Genossinnen und Genossen! Der Ministerpräsidentenbeschluß ist in den Händen gewisser Innenminister eine sehr gefährliche Waffe.“

(Prof. Dr. Rolf Rendtorff, unkorrigiertes Protokoll vom 14. 4. 1973)